

Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 29.06.2004

Vorlage Nr. 04-F-03-0051

Brandschutz und Katastrophenhilfe in der Landeshauptstadt Wiesbaden und das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 23.06.2004 -

Vorbemerkung: Die Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem 11. September und der Flutkatastrophen 2002 haben dazu geführt, dass sich die Innenminister der Länder auf eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung geeinigt haben und der „zivile Bevölkerungsschutz“ neben Polizei, Bundeswehr und Diensten seit dem 1. Mai 2004 in einer vierten Säule, dem neuen „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ verankert wurde.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1. Wie bewertet der Magistrat diese Neuausrichtung des "zivilen Bevölkerungsschutzes" und welche Aufgaben fallen in diesem Zusammenhang den Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren zu?**
- 2. Wie werden die „Hilfspotenziale“ des Bundes und die der Länder, also vornehmlich Feuerwehren und Hilfsorganisationen zukünftig besser verzahnt d.h. welche Vorkehrungen müssen getroffen werden, damit die Gefahrenabwehr auch auf neue, außer gewöhnliche Bedrohungen reagieren kann?**
- 3. An welche Informationssysteme ist die Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt der zeit angeschlossen?**
- 4. Erachtet es der Magistrat als Vorteil, dass nun durch die Bündelung von Aufgaben in dem neuen Bundesamt eine Stelle für die Koordinierung von Bund, Ländern, Feuerwehren und privaten Hilfsorganisationen bei der Wahrnehmung internationaler humanitärer Aufgaben und in der zivil-militärischen Zusammenarbeit geschaffen wurde?**
- 5. Wird sich die Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt Wiesbaden gemeinsam mit dem Bundesamt an der Entwicklung von zukunftssicheren Kooperationsmodellen zwischen Bund, Feuerwehren und Hilfsorganisationen und an der Entwicklung von Konzepten zur dauerhaften Sicherung und Förderung des Ehrenamtes beteiligen?**
- 6. Welche Hilfsorganisationen im Bereich des Katastrophenschutzes sind auf dem Gebiet der Landeshauptstadt tätig?**
 - 6.1 Wie findet deren Koordinierung in Einsatzfällen statt?**
 - 6.2. Wie werden diese Organisationen in die o.g. Strategie der „Vierten Säule des Bevölkerungsschutzes“ eingebunden?**

7. **Wie beteiligt sich die Landeshauptstadt Wiesbaden an der bundesweiten Aktion des Bundesinnenministeriums und des Deutschen Feuerwehrverbandes den Euronotruf 112, der mittlerweile in 34 europäischen Staaten die einheitliche Nummer für Notfälle ist, auch in Wiesbaden in Erinnerung zu rufen?**
 8. **Welche Ergebnisse hat die vom Oberbürgermeister angekündigte Kampagne, via Briefbeilagen zu den Lohnbenachrichtungen der städtischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für ein Engagement bei den freiwilligen Feuerwehren der Landeshauptstadt zu werben, ergeben?**
 9. **In welcher Höhe sind finanzielle Mittel für Fördermaßnahmen der Wiesbadener Jugendfeuerwehren aus dem entsprechenden Landesförderprogramm in diesem Jahr (2004) zu erwarten.**
-

Beschluss Nr. 0043

1. Der Ausschuss nimmt die ausführliche mündliche Beantwortung der im Antrag der Stadtverordnetenfraktion von Bündnis 90/Die Grünen gestellten Fragen von Seiten des Leiters der Wiesbadener Feuerwehr, Herrn Hagen, zur Kenntnis. Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.
2. Dem Ausschuss werden die Antworten in schriftlicher Form nachgereicht.
3. Der Antrag kommt wieder zum Aufruf, wenn es Nachfragen bzw. Diskussionsbedarf von Seiten der Fraktionen geben sollte.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2004

Müller
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .07.2004

1. Den Fraktionen mit der Bitte um Kenntnisnahme
2. Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2004

Dezernat I/37
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Diehl
Oberbürgermeister